

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 27. März 2015

Ort: HdB, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Fabian Blunck, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann (bis 19:15 Uhr), Jayne-Ann Igel, Claudia Jobst (bis 18:00 Uhr), Susanna Karawanskij, Silvio Lang, Tilman Loos, Heinz Pingel, Kevin Reißig, , Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

Entschuldigte Mitglieder:

Cornelia Falken, Heiko Rosenthal, Sabine Pester, René Jalaß, Sarah Buddeberg, Heiko Kosel, Verena Meiwald, Juliana Zybul, Efstathios Soudias

Gäste / MitarbeiterInnen:

Mitglieder der sächs. Landesgruppe DIE LINKE im Bundestag: Axel Troost, Katja Kipping, Caren Lay, André Hahn, Sabine Zimmermann, Jörn Wunderlich, Michael Leutert, Susanna Karawanskij
Marko Forberger (Koordinator der Landesgruppe)
Gudrun Erfurt (Sprecherin LaRa)

Niederschrift:

Doreen Marz-Schäffner, Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Drucksachen:

DS_4_266_Umsetzung Kampagne Sachsen
DS_4_267_Erklärung 8.Mai
DS_4_267_1_Änderungsantrag zur Erklärung 8.Mai
DS_4_268_Antrag Chemnitz Zukunftsentwicklungsprozess
Finanzplan Zukunftskonferenz Chemnitz
Leitantrag SPT Chemnitz-2014
DS_4_269_Auswertung Konferenz 21.03.2015
DS_4_270_Einsetzung AG Wahlverfahren
DS_4_271_Information Finanzen Januar, Februar 2015
DS_4_272_Erklärung 1.Mai 2015
DS_4_272_1_Änderungsantrag zur Erklärung 1.Mai 2015
DS_4_273_Informationen Unterstützung BürgermeisterInnen- und Landratswahlen 2015
Infovorlage der Landesgruppe für den Landesvorstand am 27.02.15
Landesgruppe Bundestag Asyl- und Willkommenstour 2015
Landesgruppe Bundestag Presseauswertung Krankenhausbetten und SOS-Kinderdorf

Umlaufmappe:

- Niederschrift der Beratung des gf. Landesvorstandes vom 23. Februar 2015
- Niederschrift der Beratung des gf. Landesvorstandes vom 27. Februar 2015
- B gf LaVo 4 – 026 Vorschlag zum Inhalt und Ablauf der Strategiekonferenz am 9. Mai 2015
- B gf LaVo 4 – 027 Politik für die Sorbische Minderheit in Sachsen weiterentwickeln
- B gf LaVo 4 – 028 Beschluss zum Umgang mit nicht angemeldeten Ausgaben im Sinne des B 4-250 der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden am 31. Januar 2015
- „DIE LINKE im Elbland“ März 2015 – KV Meißen
- „Links der Elbe“ März 2015 – Stadtverband Heidenau
- „DIE LINKE im Erzgebirgskreis“ März 2015 – KV Erzgebirge

- „LiLi“ März 2015 – OV Limbach-Oberfrohna
- „Mitteilungsblatt“ 02/2015 - SV Leipzig
- „Mitteilungsblatt“ 03/2015 - SV Leipzig
- „Linker Blick & Der Vogtlandbote“ März 2015 – KV Zwickau & Vogtland
- „Mittelsächsische Linksworte“ März 2015 – KV Mittelsachsen
- „Der klare Blick“ März 2015 – SV Chemnitz
- „Lausitzer Linksdruck“ März 2015 – KV Bautzen
- „betrieb & gewerkschaft“ März 2015 – BAG Betrieb & Gewerkschaft
- „Lotta“ März 2015 – DIE LINKE im Bundestag
- „DISPUT“ März 2015 – DIE LINKE
- „SODIReport“ 01/2015 – Solidaritätsdienst International e.V. Berlin
- „Kommunal“ 04/2015 – Deutscher Städte- und Gemeindebund
- „Change“ 1/2015 – Bertelsmann Stiftung

Tagesordnung:

1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung der Protokolle vom 27.02.2015 und 19.03.2015 (TK)	
2.	Aktuelles	
3.	Diskussion mit der Landesgruppe im Bundestag: Jahresplanung und Schwerpunktsetzung 2015	Infovorlage & Anlagen
4.	Erklärungen zum 70. Jahrestag der Befreiung und zum 1. Mai	4 - 267 4 - 267-1 4 - 272 4 - 272-1
5.	BürgermeisterInnenwahlen und Landratswahlen - Zwischeninfo (<i>ohne Debatte</i>)	4 - 273
6.	Finanzen	4 - 271
7.	Auswertung Konferenz Vorbereitung Zukunftswoche / Strategiedebatte / Woche der Zukunft	4 - 269
8.	Schwerpunktsetzung Sachsen - Kampagne "Das muss drin sein"	4 - 266
9.	Zukunftskongress in Chemnitz - Unterstützung durch den LaVo	4 - 268 & Anlagen
10.	Sonstiges (u.a. Zwischeninfo Pegida)	
11.	Einsetzung der AG Wahlverfahren	4 - 270
12.	Vorbereitung Bundesparteitag	

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung der Protokolle der Vorstandssitzung vom 27. Februar 2015 und der Telefonkonferenz vom 19. März 2015

- Rico Gebhardt eröffnet die Beratung und begrüßt unsere Abgeordneten des Bundestages
- die Tagesordnung und die Protokolle werden einvernehmlich bestätigt

TOP 3 – Diskussion mit der Landesgruppe im Bundestag: Jahresplanung und Schwerpunktsetzung 2015 (Infovorlage & Anlagen) – vorgezogen

Axel Troost:

- diverse Aktionen durchgeführt
- Aktion: „Gesundheit ist keine Ware“ (hat großen medialen Anklang gefunden); THW; Scheckübergabe SOS Kinderdorf
- regionale Gruppen neu sortiert; RegionalmitarbeiterInnen und -büros vernetzen sich

- 2015 werden mindestens 3 Themen bespielt (Asylsituation in den Unterkünften, Freihandelsabkommen, prekäre Beschäftigung in sozialen Berufen; dazu Veranstaltungen, Aktionstage und Kundgebungen unterstützen)
- mögliches weiteres Thema: Problem Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge

Rico Gebhardt:

- Regionalgruppenprinzip in Sachsen ist ein erfolgreicher Prozess, der mit dem Start der Landesgruppe im Bundestag begonnen hat; Dank für die Geduld; haben aus dem Prozess für die Landtagsfraktion gelernt
- Aufgabe: die Vernetzung politischer Themen könnte besser koordiniert werden

aus der Diskussion:

- Bündelung von Ressourcen und Fokus auf pressewirksame Aktionen ist sehr lobenswert
- Bitten:
- Willkommenstour sollte keine Klein-Klein-Strukturen aufbauen, sondern die vorhandenen Kanäle benutzen
 - das Landesgruppen Logo entspricht nicht dem Corporate Design; das sollte man (z.B. über die Agentur) richtig machen lassen
 - auch außerhalb des Wahlkampfes könnten Großflächen gebucht werden; sofern ein Thema gefunden wird, welches die Leute zum Nachdenken anregt (z.B. Infografiken in die analoge Welt tragen) → wird geprüft
 - gemeinsame Erklärung zu TTIP verfassen, welche durch die Landesgeschäftsstelle (über ihre Aktionspakete 1 Monat vorher) in die Partei reingetragen werden kann
 - Interesse an Thema vorhanden
 - DIE LINKE lehnt TTIP ab; DGB fährt die Strategie, das nicht zu verhindernde Freihandelsabkommen durch Verhandlungen zu entschärfen
 - wir sollten unser Material auch nutzen, um klare Kritik zu formulieren und klare Kante zu zeigen
 - Öffentlichkeitsarbeit der Bundestagsfraktion verbesserungswürdig
 - Wie weit kann sich die Landesgruppe in der Bundeskampagne einbringen? auch Informationen bzgl. einzubringender/eingebrachter Anträge sind vorteilhaft
 - mit den Themen Gesundheit und Pflege vor Ort richtig punkten
 - Thema Griechenland hat großes Potential zum inhaltlichen Austausch
 - Material sollte für Kreisverbände nutzbar sein (textarmes Material, einfache Präsentationen für Vorträge)
 - Thema Nachtragshaushalt ist zwischen Bundesländern umstritten; sollte man auf sächsischer Ebene bearbeiten
 - Thema steigende Mieten/Energiekosten sind bundesweit ein großes Thema; in der Landtagsfraktion wird das anders gesehen
 - Landesgeschäftsstelle besteht nur noch aus 6,5 MitarbeiterInnen; es gibt keine Luft mehr für inhaltliche Aufarbeitungen, die durch die Strukturen angefragt werden; die Abgeordneten werden gebeten, zu Events, Feiertagen und aktuellen Themen inhaltlichen Input an den Landesverband zu schicken
 - sächsische Mitgliederzeitung wird ab demnächst an alle Mitglieder geschickt; Abgeordnete können hier auch Inhalte liefern und Aktionsplanung bekannt machen
 - Ortsvorsitzende wünschen sich textärmere, mit Infografiken bestückte Materialien; die GenossInnen verteilen Material gern, es ist jedoch für BürgerInnen z.T. zu kompliziert
 - diese Zusammenkunft hatte einen anderen Anlass als TTIP etc.
 - Was sind die Anforderungen des sächsischen Landesverbandes an die Landesgruppe, bzgl. der Vereinbarung? Gibt es die Erwartungshaltung, dass wir drei Regionalstellen haben, oder gibt es die nicht mehr?
 - Wie positioniert sich der Landesverband zur gemeinsamen Zusammenarbeit und Gestaltung? Derzeit eher desolater Zustand
 - es gibt einen Unterschied zwischen einem formalen Einvernehmen (z.B. in Form einer Abstimmung oder einer schriftlichen Vereinbarung) und einem Einvernehmen im Sinne einer inhaltlichen/organisatorischen Übereinstimmung; ein Missbrauch der einvernehmlichen Vereinbarung hat keine juristischen Folgen (kann nicht eingeklagt werden), kann aber politische Folgen haben
 - bei der nächsten Vereinbarung sollten Detailfragen geklärt werden; das war der Fehler bei den Vereinbarungen; es gibt keinen Beschluss des Landesvorstandes, wie viel Finanzen die Abgeordneten für regionale Arbeit & Landesgruppe einplanen sollen
 - alle Abgeordneten sollten vor der Partei gleich sein
 - es sind Missverständnisse bei der Kommunikation entstanden
 - ‚Einvernehmen‘ zu formulieren, ist juristisch unbedenklich

- ‚Einvernehmen zwischen Abgeordnete‘ wird nicht bestritten
- ein Berichtsmodus vor der nächsten LandesvertreterInnenversammlung ist wichtig, um das Einhalten von Vereinbarungen messbar zu machen
- Vernetzung Landesgruppe <-> Landtagsfraktion <-> Landesverband sollte verbessert werden
→ mehr Kommunikation zu den einzelnen Projekten (jenseits von Beratungen)
- Welche Unterstützung brauchen die Strukturen im Landesverband?
- es finden wöchentliche Telefonkonferenzen zwischen den parlamentarischen Geschäftsführern statt
- Wie ist die (finanzielle) Erwartungshaltung an die Landesgruppe? → weiterhin Vereinbarung, die vom LPT beschlossen wurde, erfüllen
- erbetenes Einvernehmen bezog sich auf die örtliche Fokussierung der Regionalunterstützung; es wurde nicht über Personen diskutiert
- Diskussionen um lokale Fragen bei der Leipziger Region
- Warum beraten wir heute? Um Probleme aus der Vergangenheit zu besprechen oder das zu besprechen, was aktuell ansteht? wir sollten gemeinsame Themen bearbeiten, Ressourcen sinnvoll nutzen
- wir können Mitglieder gewinnen, wenn wir streitbare Debatten führen, ohne sich von üblichen Denkbarrieren einschränken zu lassen (Bsp. linke Vorzüge von TTIP, Wie steht der Nationalstaat da und wie geht er mit Problemen um?)
- Michas Handlungen sind seit 1990 darauf ausgerichtet, dass die Parteistruktur überlebt
- Problem: bei der Regionalisierung sollte in die Fläche gegangen werden, um wegbrechende Strukturen zu unterstützen
- Problem: nicht alle Abgeordneten haben zu gleichen Anteilen finanziert (von ca. 200 bis 1.200 EUR); wenn dann ohne Mehrheit gegen Verfahren zur Unterstützung wegbrechender Parteistrukturen entschieden wird, kann Micha das nicht unterstützen und steckt das Geld dafür in andere regionalunterstützende Projekte
- Problem: unklare Abstimmungsverhältnisse; 4 von 8 ist keine Mehrheit
- es ist nicht einfach, Geld zurückzuziehen (um es in regionale Strukturen zu stecken), wenn man vorhandene MitarbeiterInnen hat, die nach linkem Anspruch nach Tarif der Bundestagsfraktion bezahlt werden
- jede/r Bundestagsabgeordnete/r bekommt Personalfond i.H.v. 17.000 Euro Arbeitnehmerbrutto; 5 MitarbeiterInnen bekommen demnach durchschnittlich über 3.000 EUR Arbeitnehmerbrutto; das ist keine prekäre Beschäftigung
- Status quo: erweiterte Präsenz der Landesgruppe wurde beibehalten
- Landesgruppe sollte bei zukünftigen Fragen ein besseres Entscheidungsverfahren klären
- gemeinsames Anliegen der Landesgruppe: Bundespolitik auf lokale Ebene transportieren
- es ist falsch, Abgeordneten vorzuwerfen, sie würden keine Ressourcen nach Leipzig legen – dort entsteht gerade ein Büro
- als Erstes sollte immer das Abstrakte (Regionalmodell) geklärt werden; dann das Konkrete (Personen)
- Arbeit der Landesgruppe wird unter den GenossInnen sehr anerkannt und nützen allen MdBs
- Vereinbarung sah vor, Abgeordnete nach Möglichkeit gleichmäßig zu belasten; nach Aufstockung konnten dann 3 Stellen geschaffen werden
- Ausgleich der Differenz zu den angedachten 1.300 EUR hat durch Sachmittel stattgefunden
- es ist schlecht, wenn Abgeordnete, die Personalkosten beitragen, die Guten sind und Abgeordnete, die Sachkosten beitragen, die Bösen → kein Dissens im Landesvorstand
- jede/r Abgeordnete kann immer Gründe finden, warum man sich nicht beteiligen kann
- die Finanzierung funktioniert nur, weil einige Abgeordnete mehr bezahlen, als notwendig
- der Landesvorstand hat Kompromiss vorgeschlagen; falls die Landesgruppe zusammenbrechen würde, sollten nur 400 EUR bezahlt werden, um Markos Stelle zu finanzieren; glücklicherweise haben sich die Abgeordneten entschieden, die anderen Regionalstellen zu schaffen → damit nicht mehr relevante Variante
- der Prozess der MdBs hat geholfen, das Modell bei den MdLs umsetzbar zu machen
- der Landesvorstand hat nicht nur die Notfallvariante 400 Euro beschlossen, sondern auch Empfehlung im Rechtssinne gegeben, dass ausschließlich im Einvernehmen entschieden werden sollte und Verfahren zu regeln sind
- das sächsische Modell der Regionalgruppen sollte bundesweit Schule machen
- eine absolute Gerechtigkeit wird es nicht geben, sollte aber angestrebt werden
- im Kreis sind Mieten für Büros geringer, dafür Fahrtkosten höher
- wenn Abgeordnete sagen, dass sie was nicht finanzieren können, ist das auch eine Frage der eigenen finanziellen Planung
- zu beachten: Landesparteitagsbeschlüsse sind wichtiger als Landesvorstandsbeschlüsse
- Dank an die MdBs für ihre Engagement

TOP 2 – Aktuelles

nicht behandelt

TOP 4 – Erklärungen zum 70. Jahrestag der Befreiung und zum 1. Mai (4 – 267, 4 - 267-1, 4 – 272, 4 - 272-1)

Erklärung zum 8. Mai

- wir haben den Plan den GenossInnen etwa 4 Wochen vor Ereignissen Aktionspakete zur Verfügung zu stellen
- Erklärung wurde für Sachsen geschrieben, mit besonderen Problemlagen (Gleichheit & Freiheit aller Menschen in den Mittelpunkt gestellt)

Änderungsantrag:

- Faschistisches Terrorregime ändern; Begrifflichkeit des Faschismus war in Deutschland ja anders als bspw. im italienischen Original; Terrorregime suggeriert, dass es gegen den Willen der Bevölkerung stattfand – dass verklärt die Tatsachen
- im ÄA muss gestrichen werden „...wurde unter Zustimmung..... Bevölkerungsteile,“; aus Formen muss „Form“ werden

Aus der Diskussion:

- 3. und 4. von den AntragstellerInnen übernommen
- 1. und 2. wird von den AntragstellerInnen nicht übernommen (Begrifflichkeit Nationalsozialismus spielt im Parteiprogramm keine Rolle; strikte Einhaltung)
- das würde auch dem entsprechen, was die Landtagsfraktion dazu beschlossen hat
- hier wird eine ideologische Schlacht wider der Wissenschaftlichkeit geführt
- in Erklärung 2. Satz ergänzen: „... *in Europa*,...“ → übernommen
- hier geht es um den deutschen Faschismus

Abstimmung:

3 / 4 / 4 abgelehnt ÄA Pkt. 1
4 / 4 / 3 abgelehnt ÄA. Pkt. 2
bei einer Enthaltung beschlossen – GesamtAbstimmung

Erklärung zum 1. Mai

→ ÄA 4-272-1 vom Antragsteller übernommen

Abstimmung:

einvernehmlich beschlossen

TOP 5 – BürgermeisterInnenwahlen und Landratswahlen - Zwischeninfo (ohne Debatte) (4 – 273)

- KV liefern ihr Sachen gut zu; es ist also zu schaffen
- Website Unterstützung läuft zum größten Teil auch über die WaFa
- es werden weitere 3 – 5 Anfragen kommen
- BürgermeisterInnenwahlen: die bereits bekannten KandidatInnen sind mehrheitlich auf uns zugekommen
- Landratswahlen: 10 LandratskandidatInnen, meist in Bündnissen
- am 18.4. zur Beratung mit den KV wird der Stand der Kandidaturen ebenfalls besprochen

aus der Diskussion:

- toll, dass die WaFa auch die BündniskandidatInnen unterstützt

TOP 6 – Finanzen (4 – 271)

Heinz Pingel:

- Einnahmen: Tendenz setzt sich fort; Zuwachs bei Lastschriftinzug; Tendenz in Richtung Erfüllung des Planes
- Anfang des Jahres Einzug der EL-Jahresbeiträge
- Personal: wir sind genau im Plan
- Geschäftsbetrieb: gewagte Voraussicht; einerseits sind Reparaturen oder Anschaffung nicht angefallen; andererseits sind Anwaltskosten angefallen

Antje Feiks ergänzt:

- AG Finanzen hat getagt; schwierige Beratung; im Nachgang wurden den AG Mitglieder weitere Infos, die der Lgst. vorlagen, zur Verfügung gestellt
- zum nächsten Finanzbericht wird den LaVo-Mitgliedern eine ausführlichere Übersicht der Ausgaben zur Verfügung gestellt
- es wurden Spenden für konkrete Verwendungszwecke eingenommen

aus der Diskussion:

- wie setzt sich Sonstige Einnahmen 3000 € zusammen? → Heinz liefert Information nach
- in der nächsten Ausgabe der LINKS sollten Hinweise zum Thema „Beiträge“ gesetzt werden? → in der nächsten Ausgabe soll erst einmal ein Spendenaufruf für die Zeitung rein; für spätere Ausgaben überlegenswert
- wie läuft das mit der Anmeldung der Reisekostenabrechnungen? → restriktiv für LwZ und LaVo; Einzelfallentscheidungen sind möglich

→ Vereinbarung: zur nächsten Beratung dem LaVo konkrete Ausgabenübersicht vorlegen

TOP 7 – Auswertung Konferenz Vorbereitung Zukunftswoche / Strategiedebatte / Woche der Zukunft (4 – 269)

Antje Feiks:

- Konferenz „Die Wirksamkeit der Partei DIE LINKE in der Gesellschaft“ hat stattgefunden
- gut besuchte Konferenz; Facebook Einladung als Erinnerung hat gut funktioniert
- Vortrag des Referenten Prof. Dr. Hirschfeld steht schon online
- generell ist bemerkbar, dass Debatten um das Thema Strategie sehr gewollt und gut angenommen werden
- Dank an die Grundsatzkommission

TOP 8 - Schwerpunktsetzung Sachsen - Kampagne "Das muss drin sein" (4 – 266)

Antje Feiks:

- Zeitschiene ist realistisch, Rückkopplung aus den Strukturen: mehr Termine sollten es nicht sein, es stehen auch noch BürgermeisterInnenwahlen an
- das frei wählbare Thema (im Sommer) ist eher schwierig und hat nicht unbedingt Kampagnencharakter; hier sollten wir dem PV ein Thema vorschlagen (es gibt vorgeschlagene Säulen)
- nicht gewollt ist, Menschen als prekär anzusprechen; Kommunikation entsprechend anpassen
- die WaFa bietet wieder Aktionspakete an
- Rückmeldungen aus den KV einholen; (Rückmeldebogen 10 Fragen aus der WaFa)
- für die Ortsverbandsstrukturen Minikampagnenworkshops anbieten (Dauer 2 – 3 Stunden)

aus der Diskussion:

- frei wählbares Thema: Frauen und Alleinerziehende zum Thema Prekariat ansprechen → Vorschlag an die KV am 18.4.2015 geben
- Hinweis: im September sind Semesterferien in Sachsen

Abstimmung:

einvernehmlich beschlossen

TOP 9 – Zukunftskongress in Chemnitz - Unterstützung durch den LaVo (4 - 268 & Anlagen)

Dagmar Weidauer informiert.

aus der Diskussion:

- Pilotprojekt ist eine gute Sache
- warum MwSt. auf Honorarverträge und 300 € für TrainerInnen pro Tag ganz schön teuer? → das ist der gängige Preis von TrainerInnen; Schatzmeisterin des SV hat es abgesegnet trotz Sparkurs
- Gesamtkosten sind hoch, dafür, dass wir ja im Rahmen des DfS schon viele Kompetenzen aufgeschrieben haben → DfS war eher für extern angelegt, Chemnitz-Projekt für Parteistrategie gut nutzbar
- Kosten für das Vorhaben gerechtfertigt
- Chemnitz hat spezifische Strukturen, wie können die Ergebnisse auf die ländliche Regionen übertragen werden?

Antje Feiks:

- wurde im gf. LaVo schon besprochen, daher wurde der ursprüngliche Antrag über 4000 € im LaVo nicht behandelt; allerdings sind die Ergebnisse für Städte umsetzbar und wir können dies für die Strategiekonferenz gut nutzen; nachnutzbar ist auch der Prozess

Antrag Tilman: mit 860 € unterstützen → bei einer Fürstimme abgelehnt

Gesamtabstimmung:

einstimmig beschlossen

TOP 10 – Sonstiges

Zwischeninfo Pegida:

- durch Übergriffe auf DemonstrantInnen wurde der Druck auf die Dresdner Polizei erhöht
- SchülerInnen-Demo gegen Pegida kommenden Samstag
- im Vorfeld Pöbeleien von Pegida gegen Anti-Pegida-Aktionen
- am 13.04. findet in der Flutrinne eine Pegida-Großveranstaltung mit Rechtspopulist Geert Wilders statt
- es ist keine direkte Konfrontation gegen Pegida geplant
- in Freital gibt es auch starken Protest durch einen Pegida-Ableger; kleinste Pegida-Ableger in Chemnitz
- diverse Partei-/parteinahе Strukturen sind informiert
- wir müssen hin zum ‚Agieren‘, und weg vom ‚Reagieren‘
- Gegenprotest in Dresden ist sehr gering; die Stadtrats-Mehrheitsverhältnisse sind jedoch anders

Satzungskonferenz:

- 10 TeilnehmerInnen
- Input von Micha-Alexander-Lauter
- Spannungsfelder bei der Diskussion um Satzungsfragen

Terminhinweis:

- am 8. April findet um 18 Uhr im KL-Haus in Berlin eine Veranstaltung zu „100 Tage Rot-Rot-Grün in Thüringen“, statt

TOP 11 – Einsetzung der AG Wahlverfahren (4 - 270)

- Aufgabe geht auf Idee des Landesrates zurück
- nach gemeinsamen Beratung des Landesvorstandes, Landesrates und der Kreisvorsitzenden wurde eine Abfrage gemacht
- um die Quotierung einzuhalten, muss entschieden werden, wer auf den gemischten Positionen eingesetzt wird

aus der Diskussion:

- Ralph Büchner (ein Fraktionsvorsitzender) und Mirko Schultze (Kreisvorsitzender) sollten dabei sein
- Antje Feiks und Stefan Hartmann (LaVo) sollten dabei sein

- Sind 4 Leute ausreichend für eine konstruktive Arbeitsgruppe?
- wenn sich nicht genügend Leute für die AG finden, sollte man die Kreisvorsitzenden bei der nächsten Beratung fragen; falls sich niemand findet, sollte man das dem sogenannten ‚Kleinen Parteitag‘ so berichten

Abstimmung:

- Eva Mendl, Jenny Mittrach, Mirko Schultze, Ralph Büchner benennen?
mehrheitlich / 0 / 2

Vereinbarung:

Zur Beratung mit den Kreisvorsitzenden bzgl. weiterer Interessierte GenossInnen nachfragen.

TOP 12 – Vorbereitung Bundesparteitag

- Antragsschluss ist der 23.04.2015
- Landesgeschäftsstelle hat die Abfrage für Fahrt/Übernachtung rausgeschickt
- da der Bundesparteitag doch erst Samstag beginnt, wurde ein Großteil der Übernachtungen Fr/Sa storniert
- ein Bus wird angeboten: Dresden -> Leipzig -> Bielefeld; für Chemnitzer/innen Zubringer nach Leipzig
- Anfrage: Gisela Wedekind bittet um Unterstützung für Kandidatur Bundesfinanzrevisionskommission
→ Unterstützung einvernehmlich beschlossen
- weibliche MitstreiterInnen für die Bundesfinanzrevisionskommission werden gesucht
- Bundesschatzmeister hat um Beratung über zwei Anträge gebeten:
 - 1) Beitragstabelle:
 - 1,50 EUR-Beitrag wird bei Neueintritten häufiger gewählt, deckt aber nicht die Kosten
 - HartzIV-EmpfängerInnen sind eigentlich über der 1,50-EUR-Kategorie → Widerspruch; Wohngeldzuschlag darf nicht einberechnet werden
 - falls jmd. wirklich keine/kaum Geld hat, dann lieber vom Beitrag befreien lassen
 - die meisten Vereine/Gewerkschaften haben eine ganz andere Einstiegsschwelle
 - Vorschlag: diese eine Kategorie streichen
 - die Handreichung für die Berechnung des korrekten Parteibeitrages sollte überarbeitet und zum Download angeboten werden
 - 2) Unternehmensspenden im geringen Rahmen ermöglichen? („Bratwurstdebatte“):
 - Unternehmensspenden sollen allgemein abgelehnt werden
 - sollte lokal eine Unternehmensspende sinnvoll sein, soll das auch lokal ermöglicht werden
 - Antrag von nur einem Mitglied widersprechbar? das ist praxisfern
 - die Vorstände haben das zu entscheiden; sollte jmd. gegen diese Beschlüsse vorgehen wollen, müsste er/sie zur Schiedskommission gehen
- beide Anträge machen nur Sinn, wenn sie von den Delegierten unterstützt werden

f.d.R.

Dresden, 27. März 2014



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin